



CDU DIE FRAKTION IM LANDTAG
VON BADEN-WÜRTTEMBERG

Senioren

Eckpunktepapier der CDU-Landtagsfraktion

1. Grundsätze

Das Älterwerden hat einen neuen Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten. So steigt die Lebenserwartung immer weiter und der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung nimmt ständig zu. Die alternde Gesellschaft kann nicht mehr allein mit den Themen Rente und Pflege in Verbindung gebracht werden, denn das Spektrum, das die Politik für Senioren betrifft, ist weitaus vielfältiger und umfangreicher. „Die Seniorin“ oder „den Senior“ gibt es nicht. Denn genauso unterschiedlich wie die Gesellschaft in anderen Altersstufen ist, so unterschiedlich sind auch die Seniorinnen und Senioren. Und somit sind auch die Bedürfnisse und Wünsche so vielfältig wie die Menschen selbst.

Anstelle des Ruhestandes ist heute ein eigenständiger Lebensabschnitt getreten, der sich in verschiedene Perioden aufteilen kann. Eine Periode des Nachholens von Dingen, zu denen man während des Berufslebens keine Zeit

gefunden hat. Hier sind Reisen zu nennen, sowie Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens.

Eine weitere Periode gibt Raum für neue Ausrichtungen, seien es private oder berufliche Veränderungen und der Erwerb von Zusatzqualifikationen, beispielsweise an Universitäten oder Volkshochschulen. So waren beispielsweise mehr als 42 % der Gasthörer an deutschen Hochschulen im vergangenen Wintersemester mindestens 65 Jahre alt. Auch für die Aufnahme oder die Ausweitung eines bestehenden oder geplanten ehrenamtlichen Engagements ist nun Zeit vorhanden. Die Zahlen im „Ehrenamtsland“ Baden-Württemberg spiegeln dies nur zu gut wieder: So liegt der Anteil von über 65-Jährigen, die sich freiwillig bei unterschiedlichsten Einrichtungen engagieren, bei über 30 %. Dies ist auch als Indikator dafür zu verstehen, dass die inhaltliche Gestaltung des Lebens sich nun bei weitgehend guter Gesundheit und materieller Absicherung neu eröffnen kann. Die Notwendigkeit der ehrenamtlich Tätigen in vielen Bereichen wird daher ausdrücklich anerkannt. Das wichtige Engagement soll deshalb auch weiterhin frei von Verpflichtungen sein. Verpflichtende Sozialtage für Senioren lehnt die CDU-Fraktion daher ausdrücklich ab. Bürgerschaftliches Engagement von Senioren soll die Wertschätzung erfahren, die es verdient. Über Wege einer Anerkennung dieser Leistungen muss nachgedacht werden. Beispielsweise kann hier an Vergünstigungen bei dem ÖPNV oder beim Eintritt öffentlicher Einrichtungen, wie Schwimmbad oder Theater oder anderer geldwerter Vorteile gedacht werden.

Möglich ist auch eine Periode in welcher der Fokus verstärkt auf ruhigere Aktivitäten und den Erhalt der Gesundheit gelegt wird. Der Bedarf an Betreuung und Pflege kommt mit unterschiedlicher Intensität hinzu. Altersunterstützende Techniken müssen erforscht und weiterentwickelt werden.

An diesen Gegebenheiten muss sich eine zielführende moderne Politik für Senioren ausrichten. Die CDU-Landtagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass Senioren möglichst lange ein eigenverantwortliches, selbstbestimmtes aktives und unabhängiges Leben in selbstgewählter Umgebung führen können. Dabei muss eine volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben fortdauernd gewährleistet werden. Die Generationengerechtigkeit darf dabei bei allen Maßnahmen nicht aus den Augen verloren werden.

2. Demographische Entwicklung

Die demographische Entwicklung in Baden-Württemberg bringt neue Herausforderungen mit sich. Einer steigenden Lebenserwartung stehen sinkende Geburtenzahlen gegenüber, was unweigerlich in eine alternde Gesellschaft mündet. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes leben mehr ältere als junge Menschen im Land. Daher müssen neue Wege in Politik und Gesellschaft gegangen werden, um dem Umstand der alternden Gesellschaft Rechnung zu tragen. Gesamtgesellschaftliche Maßnahmen in nahezu allen politischen Themenfeldern sind erforderlich, damit Baden-Württemberg wieder zu einer ausgeglichenen Altersstruktur zurück finden kann. Die Einflüsse der stark wachsenden Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern wird den demografischen Faktor beeinflussen. Ein Demographiebeauftragter ist daher ein weiteres Mittel, um dieses klassische Querschnittsthema über die

Ressorts hinweg zu koordinieren. Senioren sind ein Gewinn und keine Belastung für das Land. Ihre Erfahrungen und Ressourcen gilt es, noch besser als bisher zu erkennen und zu nutzen, damit die Gesellschaft als Ganzes wechselseitig davon profitieren kann.

3. Zeit nach dem Erwerbsleben

Bei dem Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand gibt es weiterhin viele Herausforderungen, die es zu meistern gilt. Zum einen muss er gründlicher vorbereitet und unterstützt werden. Zum anderen wollen viele Senioren auch über die Regelaltersgrenzen hinaus arbeiten. Anstelle starrer Regelaltersgrenzen sind deshalb die Möglichkeiten für flexible Übergänge zu begrüßen. Senioren sollen nach Erreichen der Regelaltersgrenze eigenverantwortlich entscheiden dürfen, wann sie ihren Ruhestand beginnen möchten. Starre Altersgrenzen haben sich durch „gesünderes Älterwerden“ in vielen Bereichen überholt und entsprechen nicht mehr der Lebenswirklichkeit. Berufsbilder und Tätigkeitsprofile sollten deshalb so entwickelt werden, dass auch ältere Arbeitnehmer ihre spezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten vor allem im Team weiter einsetzen können. Auch darf es zu keiner Förderung der Verdrängung der Senioren durch „Frühverrentungsprogramme“ aus dem Arbeitsmarkt kommen. Mit einer sog. Flexi-Rente sollen umfassend verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. In Baden-Württemberg waren Ende 2014 über 29.035 Menschen im Altersbereich über 65 Jahre noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Diese Zahl dieser Senioren variiert jedoch geringfügig, da bis zum Alter von unter 66 Jahren u.U. noch nicht bei allen Senioren das Renten- und Pensionsalter erreicht ist. Man kann jedoch feststellen, dass dieser Anteil von 0,68 % sozialversicherungspflichtigen Senioren über 65 Jahren an der Gesamtzahl von 4.266.000

sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern im Land einen immer größer werdenden Anteil einnimmt. Hinzu kommen zunehmend mehr freiberuflich Tätige. Der wachsenden Gruppe berufstätiger Senioren muss eine Politik gegenüber stehen, die die Bedürfnisse und Anforderungen an die Gegebenheiten aufnimmt und zielgerecht umsetzt.

4. Altersbezüge

Altersbezüge werden durch eine lebenslange individuelle Arbeitsbiographie erwirkt. Ein später Anfang der Berufstätigkeit oder fehlende Jahre, in denen nicht in die Rentenkasse eingezahlt wird, wirken sich grundsätzlich senkend auf die zu erwartenden Altersrentenbezüge aus. Arbeit muss sich – gerade im Hinblick auf künftige Altersbezüge – lohnen, damit ein auskömmlicher Lebensabend mit voller Teilnahme am gesellschaftlichen Leben auch im Alter möglich ist. Senioren sollten mit dem Ruhestand nicht in Altersarmut geraten. Sofern Senioren über Regelaltersgrenzen hinaus einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgehen, darf dies nicht nur aus dem Antrieb geschehen, dass ohne eine weiter gehende Erwerbstätigkeit die Rente nicht mehr zum Lebensunterhalt genügt.

5. Wohnen und Stadtentwicklung

Die Wohnsituation für Senioren muss sich weiter verbessern und ein zielgerichtetes Umdenken bei der Stadtentwicklung und bei der Wohnungsbaupolitik muss auf die deutlichen Veränderungen der Altersstruktur Antworten geben.

Der Sozialcharakter der Dörfer schwindet immer mehr. Eine Landflucht ist zunehmend zu verzeichnen. Dies alles führt zu Abbau von Infrastruktur und zu weniger Miteinander zwischen den Generationen. Deshalb sollen Arztpraxen, Apotheken, Nahversorger etc. erhalten bleiben bzw. wieder in die Dörfer geholt werden. Das Miteinander der Generationen muss wieder stärker in den Fokus rücken. Beispielsweise kann bei einem gemeinsamen Mittagstisch ein Austausch zwischen den verschiedenen Generationen und Kulturen angeregt und das Gemeinschaftsgefühl gestärkt werden. Auch sind Gastfamilienmodelle oder „Leih-Omas und Opas“ eine Möglichkeit Jung und Alt wieder verstärkt voneinander profitieren zu lassen. Gemeinsame Senioren-Mittagstische und ehrenamtliche Initiativen, die das Leben von Senioren verbessern wollen, sind zu unterstützen. Angebote von Senioren für Senioren sind anzuregen. Dies ist auch ein Mittel, um der steigenden Vereinsamung von Senioren gerade im ländlichen Raum entgegen zu arbeiten. Intakte Sozialverhältnisse wirken zudem auch als soziale Kontrollinstanz: Bei Notfällen kann beispielsweise schnelle Hilfe herbei geholt werden, wenn jemand über die Lebensgewohnheiten und die Tagesabläufe der allein lebenden Senioren Bescheid weiß und es Menschen auffällt, dass die betreffende Person zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort erwartet werden. Die soziale Kontrolle wirkt aber auch als Korrektiv bei einem schädlichen Genussverhalten, was alleine lebende Personen leichter in Suchtmittelabhängigkeiten gleiten lassen kann.

Der Wohnraum vieler Senioren erfüllt oft nicht mehr die spezifischen Anforderungen an eine altersgerechte Wohnung. Dies beginnt bei den Treppen und Handläufen und geht bei den sanitären und weiteren häuslichen Einrichtungen weiter. Ein Umbau bestehenden Wohnraums in eine barrierefreie Umgebung kann einen Umzug in stationäre Pflegeeinrichtungen

oftmals verhindern oder verzögern. Betreute Wohn- und Mehrgenerationen-Einrichtungen sollten daher noch stärker unterstützt werden. Finanzielle Hilfen für einen altersgerechten Umbau, insbesondere auch im Hinblick auf neue Technologien, sollten niedrigschwellig und in angemessener Höhe zur Verfügung stehen. Hilfe nach Maß ist die Devise; alltagsunterstützende Techniken sollten stärker in den Vordergrund rücken. Wir brauchen eine Quartiersstrategie mit Kommunen, Wohlfahrtspflege und Wohnungswirtschaft/Mehrgenerationenwohnen/ambulant betreutes Wohnen in Stadt und Land. Die vorhandenen Kompetenzen sollen auf Landesebene gebündelt werden.

6. Altenhilfe, medizinische Versorgung und Pflege

Altenhilfe und Pflege ist längst kein Randthema mehr, sondern eine der zentralen gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Zukunft und damit eines der Kernanliegen der CDU-Landtagsfraktion. Aus diesem Grund haben wir auch die Einrichtung einer Enquetekommission „Pflege“ angestoßen. Dieses Thema muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen werden und braucht das Engagement aller.

Eine gute medizinische Versorgung mit gut erreichbaren Krankenhäusern, Arztpraxen, Apotheken und sonstige Gesundheitsdienstleister muss für die Senioren eine Selbstverständlichkeit bleiben. Eine Hauptvoraussetzung für ein altersgerechtes Wohnumfeld ist die Gewissheit, gegebenenfalls fachgerecht und menschenwürdig gepflegt werden zu können. Um dies zu gewährleisten, sollten Angebote im ambulanten und stationären Pflegebereich, in der geriatrischen Rehabilitation sowie im betreuten Wohnen flächendeckend

verfügbar sein und ausgebaut werden. Hierzu gehören auch Wohnformen mit Generationen übergreifenden Ansätzen.

Im Jahr 2013 waren 298.769 Personen in Baden-Württemberg im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes pflegebedürftig. Das entspricht einer Zunahme von 26% im Vergleich zu den 237.000 pflegebedürftigen Personen im Jahre 2007. Zwei Drittel der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt, ein weiteres Drittel voll- oder teilstationär in Heimen. In den nächsten 20 Jahren wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen, die Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung erhalten werden, um bis zu 50% erhöhen. Auf solche Veränderungen sind die lokalen Pflegestrukturen bislang nicht eingerichtet. Durch die veränderten Familienstrukturen wird auch der Anteil derjenigen steigen, die bislang überwiegend von Familienmitgliedern gepflegt wurden und nun kein Pflegegeld mehr in Anspruch nehmen, sondern stattdessen professionelle Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Um die Lebenserfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Pflege angemessen berücksichtigen zu können, bestehen bereits jetzt Strukturen der kultursensiblen Pflege. Ein wachsender Bedarf an qualifiziertem Personal kann unter anderem auch durch die rasche Arbeitsmarktintegration von Asylbewerbern und Flüchtlingen mit dauerhafter Bleibeperspektive in Deutschland gedeckt werden.

Der Stellenwert der ambulanten Pflege hat ebenfalls erheblich zugenommen, weil immer mehr Senioren in ihrem gewohnten Umfeld wohnen bleiben möchten und bei entsprechenden Modifikationen ihres Wohnraumes auch können. Vorhandene Hilfe und Unterstützung hierfür ist weiter auszubauen,

damit die Senioren in Ihrem vertrauten Umfeld wohnen bleiben können. Dies kann u.a. einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Lebensqualität und damit die Gesundheit der Senioren haben. Wohnberatungen leisten hierfür bereits einen guten Beitrag. Pflegestützpunkte sollen solche Beratungen in ihr Leistungsangebot mit aufnehmen.

Trotzdem werden die vollstationären Pflegeinfrastrukturen aufgrund der demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen aber noch stärker als bislang Versorgungsaufgaben übernehmen werden. Es müssen daher eine ständige Anpassung des Platzangebotes und ggf. ein Ausbau wohnortnaher Pflegeeinrichtungen vorgenommen werden. Auch sollen Familien, die Angehörige pflegen, stärker entlastet und unterstützt werden, beispielsweise durch flexible Hilfsangebote und Rund-um-die-Uhr-Betreuung.

Ein weiterer Ausbau der Pflegestützpunkte ist daher ein wichtiger Baustein, angesichts des vielschichtigen und ausdifferenzierten Pflegeangebotes eine passgenaue Betreuung nach individuellen Bedürfnissen für pflegebedürftige Senioren zu finden. Die Pflegestützpunkte leisten in der unübersichtlichen Fülle an verschiedenen Trägern und Angeboten eine unverzichtbare Hilfe, um individuell zugeschnittene Pflege zu erhalten. Die Sprechzeiten der Pflegestützpunkte müssen daher flexibler werden, die Wohnraumberatung sollte aufgenommen werden. Die CDU-Landtagsfraktion erwartet wertvolle Ergebnisse aus der von ihr angeregten Enquetekommission „Pflege“ des Landtags.

Zudem wird die gesundheitliche Gesamtsituation der Senioren in vielen Fällen nicht durch ein einzelnes Akutereignis geprägt, sondern durch ein

Zusammentreffen mehrerer Krankheiten. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf die geriatrische Reha gelegt werden, um die Alltagstauglichkeit zu erhalten. Aus diesem Grund hat das Land Baden-Württemberg bereits 1989 als erstes Bundesland ein Geriatriekonzept entwickelt und seitdem stets weiter entwickelt. Dieses überaus gut angekommene und bewährte Geriatriekonzept wollen wir weiter fortschreiben.

Der Abbau bürokratischer Vorschriften, Doppelprüfungen und überflüssiger Dokumentationspflichten in der Pflege ist weiter voran zu treiben.

Die CDU-Fraktion steht für die Erhaltung des Lebens. Ein Verbot organisierter oder gewerbsmäßiger Sterbehilfe muss bestehen bleiben. Gefordert werden die weitere Förderung der Palliativmedizin und der Ausbau der Hospizversorgung. Diese Einrichtungen leisten einen guten Beitrag, um bei lebensbedrohlichen und unheilbaren Krankheitsverläufen einen würdevollen, schmerzfreien und weitgehend selbstbestimmten Abschied der Betroffenen zu ermöglichen.

7. Verkehr und Mobilität

Die Verkehrsinfrastruktur muss besser auf die Nutzung von Senioren ausgerichtet werden. Daher sollten Fußgängerüberwege altersgerecht geplant und um-oder ausgebaut werden. Schaltzeiten von Ampelanlagen sind den Bedürfnissen mobilitätseingeschränkter Senioren anzupassen. Senioren sollten am Verkehr teilnehmen und sich als Verkehrsteilnehmer sicher fühlen können. Die Gefahr, Opfer eigen- oder fremdverschuldeter Unfälle zu werden, muss

verringert werden. Bei der Stadtplanung sollten die Kommunen insbesondere auf Barrierefreiheit und die Bedürfnisse der Senioren achten. Gemeinsame Rad- und Gehwege sollten so beschaffen sein, dass eine Gefährdung minimiert wird. Der städtebauliche Trend des „Shared Space“ (= gemeinsam genutzter Verkehrsraum) darf nicht dazu führen, dass Senioren mit Sehbeeinträchtigungen ihre Orientierung verlieren, dadurch mit dem fließenden Verkehr in Kontakt kommen und in Gefahr geraten.

Senioren möchten im Alter immer noch aktiv sein. Der Ausbau von Radwegen in den Städten und in der Natur sowie der Verzicht auf den eigenen PKW, lässt viele Senioren als Wieder- oder Neueinsteiger aufs Fahrrad steigen. Da die Fahrpraxis aber meist länger zurück liegt oder noch nicht gegeben ist, birgt ein Wieder- oder Neueinstieg nicht nur Freuden, sondern auch Gefahren. Daher sollten Schulungen für Senioren auf (motorenunterstützten) Fahrrädern angeboten werden, damit das Fahrvergnügen an der frischen Luft nicht im Krankenhaus endet. Die Sicherheit der Senioren muss Vorrang haben.

Wenn eine eigenständige Mobilität nicht mehr möglich ist, sollten auf die Bedürfnisse der Senioren ausgerichtete Angebote des ÖPNV zur Verfügung stehen. Dazu gehören Einstiegshilfen in den Bussen und Bahnen bzw. Niederflurwaggons, einfach zu bedienende Fahrkartenautomaten (ggf. mit Spracherkennung) aber auch barrierefreie Haltestellen, die ohne Hindernisse zu überwinden, von bewegungseingeschränkten Personen benutzt werden können. Zu einem ÖPNV, der auf die Bedürfnisse der Senioren Rücksicht nimmt, gehören auch ausreichend lange Umsteigezeiten sowie ein bedarfsgerechtes Netz von Haltestellen.

Fahrdienste ehrenamtlicher Helfer bzw. Bürgerbusse können beispielsweise zusätzlich auf den Dörfern unterstützend die Mobilität von Senioren erhalten helfen. Diese Fahrdienste könnten beispielsweise dazu genutzt werden, kurze Besorgungen zu erledigen oder Termine in Einrichtungen wahrzunehmen. Neue Mobilitätssysteme sollen nicht nur die urbane Mobilität erhöhen, sondern auch für Senioren im ländlichen Raum bedarfsgerecht angeboten werden. Diese Angebote zu unterstützen und geeignete rechtliche Rahmenbedingungen für eine maßgeschneiderte Mobilität zu schaffen, ist das Anliegen der CDU.

8. Sicherheit und Kriminalität

Das Kriminalitätsempfinden der Senioren nimmt zu. Obwohl Senioren gemessen an Ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (27% über 60-jährige) nur unterproportional gemessen an der Gesamtbevölkerung Opfer von Gewaltkriminalität (mit Ausnahme des sog. Handtaschenraubes) werden (5,8%), so sind Senioren über eine wahrgenommene Kriminalitätssteigerung beunruhigt. Um diesem Empfinden entgegen zu steuern, kann eine erhöhte Präsenz der Polizei Abhilfe schaffen. Kommunale Ordnungsdienste sollten in Kooperation mit der Polizei gerade an Brennpunkten in der Stadt und nach Einbruch der Dunkelheit verstärkt Bestreifungen durchführen. Der Freiwillige Polizeidienst muss reaktiviert werden, um bei der Landespolizei mehr Kapazitäten freisetzen zu können, die auch zur Verhinderung von Wohnungseinbrüchen dienen können.

Polizeipräsenz leistet einen wertvollen Beitrag um sowohl die objektive Sicherheit, als auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Senioren zu verbessern.

Die bewährte Präventionsarbeit mit gut erreichbaren Beratungsstellen sollte fortgesetzt und verstärkt werden, damit Senioren besser über neuen Methoden von bspw. Trickbetrügern und Taschendieben informiert und geschützt werden können. Auch kann der Einsatz von Notruf-Mobiltelefon-Applikationen helfen, Alarm bei einem zu erwartenden rechtswidrigen Verhalten auszulösen, um schnell Hilfe herbei zu holen.

10. Stellenwert der Seniorenpolitik und Ausblick

Die Seniorenpolitik soll wieder einen hohen Stellenwert erhalten. Sind es doch die Senioren gewesen, die das Land nach dem Krieg zu dem gemacht haben, was es heute ist. Der wirtschaftliche und kulturelle Erfolg, das Know-How und das weltweite Ansehen sind dieser Generation an weit vorausschauenden Tüftlern, Technikern und Vordenkern zu verdanken. Ohne Sie wäre Baden-Württemberg nicht da, wo es heute steht. Die Schaffung eines Demographiebeauftragten soll die Bedeutung, die die CDU-Fraktion den Senioren und Ihren Beiträgen und Verdiensten beimisst, unterstreichen. Zudem müssen Wege gefunden werden, dass Seniorenmitwirkungsgruppen nach dem Vorbild anderer Bundesländer geschaffen werden können, damit gute Politik für Senioren mit der Beteiligung von Senioren gemacht werden kann. Bestehende Seniorenvertretungen sollten dazu eingebunden werden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- *Ehrenamtliches Engagement muss freiwillig bleiben und noch stärker wertgeschätzt werden*
- *Eine Fortschreibung und einen weiteren Ausbau der Geriatrischen Versorgung*
- *Beteiligungsformen für Senioren, damit Politik für Senioren nicht ohne Senioren gemacht wird*
- *Die Schaffung der Stelle eines Demographiebeauftragten, um die Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft als klassisches Querschnittsthema anzugehen.*